

*Fraktionsvotum allgemeine Aussprache zu Energievorstössen im Grossen Rat
Aarau, 30. August 2011*

Knapp sechs Monate sind seit der Reaktorkatastrophe in Beznau vergangen. Die Evakuierung grosser aargauischer Bevölkerungsteile funktionierte gut, aber die Unterbringung der Menschenmassen in anderen Landesteilen war schwierig. Die Sperrzone umfasst neben den Städten Aarau und Baden auch die wichtigsten West-Ost-Achsen. Deshalb kam während einiger Wochen der gesamte schweizerische Verkehr zum Erliegen, mit fatalen Folgen für die Versorgungslage. Schwierig war die Situation in Zürich, das knapp ausserhalb der Sperrzone liegt. Mehr als die Hälfte der Stadtbewohner verliessen die Stadt fluchtartig. Es kam zu Plünderungen und zu Spannungen zwischen Städtern und Menschen aus der Sperrzone.

Viele Schweizer Unternehmen konnten keinen geregelten Geschäftsgang mehr garantieren. Da das Vertrauen in die Banken schwand, geriet der Finanzplatz und damit unsere Volkswirtschaft in den freien Fall. In Deutschland werden Stimmen laut, die von der Schweiz milliardenhohe Entschädigungszahlungen für die erlittenen Schäden fordern. Der Kanton Aargau steht noch immer unter direkter Kontrolle der Bundesverwaltung. Viele Mitglieder des Katastrophen-Einsatz-Elementes, das vom Regierungsrat zu den Notfallarbeiten in Beznau gezwungen werden musste, sollen der Strahlenkrankheit erlegen sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Eigentlich wurde zu den Gefahren der Atomkraft in den letzten Monaten – und auch schon davor – alles gesagt. Deshalb habe ich zum Aspekt "Sicherheit" dieses Gedankenspiel gemacht. Die Tatsache, dass ein Atom-GAU in Zentraleuropa fatale Auswirkungen haben könnte, ist wohl unbestritten. Und viele fragen sich, ob sie wirklich einen solch hohen Preis für eine vermeintlich sichere und billige Energieform zu zahlen bereit wären.

Das Stichwort "Zahlen" bringt mich zum Aspekt "Wirtschaft" und damit zu den erneuerbaren Energien. Wir alle wissen, dass die Sonneneinstrahlung auf die Schweiz ein x-faches der Energiemenge ausmacht, welche unser Land benötigt; dass der Wind dann Energie liefert, wenn es die Sonne nicht kann; dass die Erdwärme ein unerschöpfliches Potenzial bietet. Wir alle wissen, dass wir mit erneuerbaren Energien mittelfristig die Atomenergie ersetzen können. Wer etwas anderes behauptet, ist – mit Verlaub – ein Ignorant. Und Wissenschaftler, die im Dienste der Politik etwas anderes behaupten, sind Demagogen.

Selbstverständlich ist die Technologie zur Nutzung der alternativen Energien noch in den Kinderschuhen – das war aber auch die Atomtechnologie war, bevor man begann, sie mit Enthusiasmus, unerschütterlichem Zukunftsglauben und viel Geld zu fördern. Genau das sollten wir jetzt mit den alternativen Energien tun!

Unsere Wirtschaft, die kreativen KMU und die finanzkräftigen Grossunternehmen hat das Potenzial, die Energiewende zu schaffen. Dazu braucht es die Politik eigentlich nicht. Es braucht allein die steigende Nachfrage an erneuerbaren Energien. Die kommt aber nur, wenn die Menschen wissen, in welche Richtung wir gehen.

Was die Wirtschaft und die Konsumenten von der Politik brauchen, ist Rechtssicherheit. Deshalb ist die Ausgangslage einfach: Die Politik muss einen glasklaren Entscheid für den Atomausstieg fällen. Sie muss klar sagen, ab wann kein Atomstrom mehr vorhanden sein wird. Wenn wir nur Optionen vor uns hinschieben, das eine tun und das andere nicht lassen wollen, dann schaffen wir diese Rechtssicherheit nicht.

Der Bundesrat hat den richtigen Weg angedacht, und der Nationalrat ist ihm gefolgt. Ich bin überzeugt, dass auch der Ständerat diesen Weg beschreiten wird – ganz einfach aus der Erkenntnis heraus, dass die Bevölkerung keine Atomkraftwerke mehr will.

Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, ebenfalls diesen Weg zu beschreiten. Mit den Vorstössen, die wir im Anschluss beraten, haben wir dies in der Hand. Die Signale, welche die Bürgerlichen unseres Kantons, teilweise die Energieunternehmen und die Mehrheit der Kommission BVU in den letzten Wochen ausgesandt haben, sind katastrophal. Sie machen den Kanton Aargau zu einem rückwärtsgewandten Kanton, der ängstlich an Überkommenem festhält.

Wenn wir von der Energiewende sprechen, sprechen wir nicht von Gefahren und Risiken. Wir sprechen von einem riesengrossen wirtschaftlichen Potenzial. Wenn wir in eine falsche Richtung gehen, dann enden wir mit unserem Wirtschaftsstandort Aargau irgendwann in der Sackgasse.

Dieter Egli, Grossrat SP, Fraktionspräsident